

Die Rechte an der Uni

Burschenschaften & Co

Die Vorstellung von der Universität als Hort des Verstandes und der kritischen Auseinandersetzung ist sicherlich ähnlich überholt, wie Altgriechisch lernen oder mit dem Schiff den Atlantik zu überqueren. Stattdessen versuchen viele StudentInnen möglichst schnell und effektiv ihr Studium zu beenden, um danach sich und ihre Haut zu Markte zu tragen. Verwertungslogik, Profitinteressen und die Projektion der zukünftigen Funktionseliten stehen hierbei über einem umfassenden und kritischen Verständnis des Studiums. Dabei ist einigen Studis so ziemlich jedes Mittel recht, um in möglichst fett bezahlte Jobs zu gelangen; auch wenn es politisch äußerst rechts steht.

So erleben auch die in den letzten Jahren bereits totgesagten studentischen Korporationen momentan wieder einen leichten Aufschwung. Durch ihre Organisationsform als elitärer Lebensbund mit der Möglichkeit eines ständigen Austausches zwischen Aktiven und alten Herren (Frauen dürfen ja bekanntlich nicht mitsaufen) eignen sie sich hervorragend als Schnittstellen zur sogenannten Neuen Rechten. Die meisten studentischen Verbindungen gehören zu einem der 25 bis 30 Dachverbände, deren bedeutendste der CV (Kartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen), der CC (Coburger Convent), der KSCV (Kösener Senioren Convents-Verband), die DB (Deutsche Burschenschaft) sowie ihre Gegengründung die NDB (Neue Deutsche Burschenschaft) sind.

Burschis und Nazis

Die meisten studentischen Korporationen unterscheiden sich durch ihre stark vom Dachverband abhängende Organisationsstruktur (schlagend, farbentragend, konfessionell etc.) sowie ihre weltanschauliche Haltung und ihre Einstellung zu einer politischen Ausrichtung.

So lehnen die meisten eher konfessionell geprägten Verbindungen

trotz ihrer konservativ bis reaktionär zu nennenden Anschauungen politische Äußerungen eher ab, während insbesondere die rechtslastigen Mitgliederverbindungen der Deutschen Burschenschaft mit ihren revisionistischen und revanchistischen Ansichten wahlweise bei Vertriebenenverbänden, der neurechten Intelligenz, aber auch bei ausgewiesenen Stiefelnazis hausieren gehen. Mit ihrer kruden Mischung aus völkischem Politik- und Staatsverständnis, ethnopluralistischen Konzeptionen und Geschichtsrevisionismus, traditionellen Riten, elitärem Habitus und den erforderlichen Kontakten zu Industrie und Wirtschaft besitzen die Verbindungen zahlreiche Anknüpfungspunkte für Rechte jeglicher Couleur. Sie stellen eine wichtige Schnittstelle zwischen bürgerlicher und extremer Rechter dar; so finden sich in einschlägigen Burschenschaften bzw. in ihren Umfeld sowohl Mitglieder der Jungen Union als auch der NPD oder der Vertriebenenverbände. Bei Veranstaltungen sind denn – neben vielen CDU-Politikern, Wirtschaftsmagnaten oder Bundeswehroffizieren

– nicht selten Vertreter aus der extremen Rechten unter den Referenten zu finden: Redner wie Horst Mahler (NPD), Alfred Mechttersheimer (Deutschlandbewegung) oder Manfred Roeder (NPD). Das Publikum reicht dabei vom rechten Rand der CDU und Korporierten über Vertreter von Vertriebenenverbänden bis hin zu Mitgliedern offen neonazistischer Gruppen.



Burschis in Bochum

In Bochum sind neben zwei CV-Verbindungen, der Saxo Thuringia sowie der AV Silesia, drei weitere Korporationen besonders aktiv. Zum einen handelt es sich um die Prager Burschenschaft Arminia zu Bochum, Mitglied der Deutschen Burschenschaft, die Ubia Brunsviga, Mitglied des Coburger Convents und das Corps Neoborussia Berlin zu Bochum, welches im Kösener Senioren Convents-Verband organisiert ist. Alle genannten Verbände tragen Farben, die drei letztgenannten fechten die Mensur und sind auch ansonsten ungleich zweifelhafter als die konfessionellen Kollegen vom CV.

Eine öffentliche Distanzierung der Saxo Thuringia oder der AV Silesia von den schlagenden Kollegen erfolgt allerdings nicht, all diese Verbindungen sind Mitglied in demselben übergeordneten Verein, dem Convent Deutscher Akademikerverbände. Auch in den Bochumer Verbindungen finden Veranstaltungen mit Referenten aus dem rechtsextremen Lager statt.

Kein Fußbreit den Faschisten! Schlagt die Schlagenden wo ihr sie trifft!

Quo vadis, Reform-Uni?

Ruhr-Uni goes Weltmarkt

Die Ruhr-Universität Bochum ist nicht Opfer neoliberaler Verwertungs- und Privatisierungspläne, sondern eine der entschiedensten Protagonistinnen.

liches Monopol jedoch nicht mehr. Private Unis und Schulen konkurrieren mit den staatlichen Bildungseinrichtungen.

Während die Globalisierer im großen Stil das endgültige Ende des Grundrechts auf Bildung einläuten wollen, arbeitet im beschaulichen Bochum eine Riege alter Herren auf das gleiche Ziel hin: Die Politik der Bochumer Universitätsleitung nimmt neoliberale Abkommen wie das GATS schon längst vorweg. Die (un)sozialen Folgen lassen sich bisher nur erahnen.

Ruhr-Uni als GmbH?

Schon 1998 haben Mitglieder der Führungsetage der Ruhr-Uni die „Akademie der RUB“ gegründet. Ursprünglich ein „gemeinnütziger Verein“, ist die Akademie inzwischen zu einer „gemeinnützigen GmbH“ umstrukturiert worden. Das Angebot reicht von Studiengängen wie „Wirtschaftspsychologie“ und „Informationstechnologie“ bis hin zu Sprachkursen für Chinesische StudentInnen. Eines ist allen Angeboten aber gemeinsam: Die Teilnahme ist auf eine kleine Gruppe beschränkt und kostet richtig viel Geld. Erstaunlich ehrlich erklären die Verantwortlichen, weshalb die Akademie gegründet worden ist: „Sie ist rechtlich selbstständig und weder an das Hochschulrahmengesetz noch an das Universitätsgesetz NRW gebunden“, erfahren wir auf der Homepage der GmbH. Vorbei an möglicher staatlicher Regulation schafft sich das Rektorat der RUB seine Universität der Zukunft: privat, studiengebührenfinanziert und genau auf die Interessen der Wirtschaft abgestimmt.

Rücksichtslose Ökonomisierung

Die „Akademie der RUB“ ist nur das Aushängeschild einer Universitätspolitik, die seit Jahren

rücksichtslos auf Privatisierung und Ökonomisierung von Bildung setzt. Im vorausseilenden Gehorsam erfüllt das Rektorat nahezu jeden Wunsch von Wirtschaft und Landesregierung. Als bundesweit erste Universität führte die Ruhr-Uni 1997 den datenschutzrechtlich bedenklichen StudentInnenausweis als Chipkarte ein.

Chipkartenausweise seien eine Schlüsseltechnologie, so ein Sprecher der Universität. Außerdem wolle man dem Vorurteil begegnen, die deutschen Hochschulen seien unbeweglich und wenig innovativ. Ganz im Sinne von Wirtschaft und Landesregierung handelte die Universität auch bei der Einführung der neuen Bachelor- und Masterabschlüsse: Als erste Uni in NRW führte die

RUB die unausgereiften gestuften Studiengänge flächendeckend in den Geisteswissenschaften ein.

„Die RUB erweist sich seit Jahren alles in allem als innovativ und reformbereit“, verkündet der Leiter der Pressestelle Dr. Josef König stolz. Die GegnerInnen einer privatisierten Hochschule hoffen jedoch, dass die Entwicklungen nicht unumkehrbar sind. Grund zur Hoffnung gibt es: Der Widerstand gegen das GATS-Abkommen wird auf internationaler Ebene immer lauter. Vor Ort in Bochum hat sich im Dezember im Rahmen der Protestwoche gegen Bildungsprivatisierung eine breite studentische Opposition konstituiert, die mit ihren Aktionen einige Aufmerksamkeit erregen konnte.



Privatisierung hautnah: Was vor Jahren mit dem Verkauf der Telekom begann, das hat inzwischen auch die Universitäten erreicht. Dabei scheinen sich die Verantwortlichen auf globaler, nationaler und lokaler Ebene gegenseitig mit der Bereitschaft überbieten zu wollen, Grundbedürfnisse dem Markt zu opfern.

1994 verabschiedete die Welthandelsorganisation (WTO) das „General Agreement on Trade in Services“ (GATS), durch das nahezu alle öffentlichen Dienstleistungen in die Hände der privaten Wirtschaft überführt werden sollen. Dabei wird davon ausgegangen, dass Bildung eine Ware wie jede andere ist, und der Handel auch in diesem Bereich noch weiter liberalisiert werden muss.

WTO bringt Studiengebühren

In dieser Logik stellen staatlich finanzierte Schulen und Universitäten in Deutschland eine nicht zulässige Subventionierung dar. Die drohende Konsequenz: Wird das Abkommen im Bildungssektor umgesetzt, werden Studiengebühren und Schulgeld der Regelfall. Universitäten müssten private Stiftungen oder Unternehmen werden. Zwar steht im Vertragstext, dass Regierungsleistungen von den Regeln ausgenommen sind, wenn sie nicht in Konkurrenz zu anderen Anbietern stehen. In der deutschen Bildungslandschaft gibt es ein solches staat-

